

Helmut Konrad

Die österreichische Arbeiterschaft und die nationale Frage

I. In der Habsburgermonarchie

Am 5. August 1897 schrieb Karl Kautsky an Victor Adler:

„Ebensowenig wie Ihr weiß ich ein Programm für den österreichischen Sprachkampf [...] Die naturgemäße Lösung wäre der Zerfall Österreichs resp. die Loslösung der Deutschen von Österreich. Das bedeutet aber eine Revolution, deren die Bourgeoisie nicht mehr fähig ist. Ihr werdet Euch also durch die nationalen Kämpfe weiter fortfretten müssen. Zum Glück sind unsere Gegner so dumm, dass sie Euch immer noch genug zu tun geben.“¹

Karl Kautsky war nicht irgendwer. Er galt nach dem Tod seines engen Freundes Friedrich Engels als der bedeutendste Theoretiker der deutschen, ja der internationalen Sozialdemokratie, war Herausgeber der „Neuen Zeit“ und Mitverfasser des Erfurter Programms der Sozialdemokratie. 1854 in Prag geboren, hatte er in Wien studiert, ehe er vorerst nach Zürich ging, um 1881 in London Karl Marx und Friedrich Engels kennenzulernen. Ein Jahrzehnt später galt Kautsky als die sozialdemokratische Autorität für Theoriefragen im deutschen Sprachraum. Zu den Problemen eines Vielvölkerstaates und des Aufbaus einer internationalistischen Bewegung unter den Rahmenbedingungen sprachlicher Gemengelage hatte er aber wenig an Lösungsvorschlägen anzubieten.

Auch Victor Adler war eine herausragende Persönlichkeit. Zwei Jahre älter als Kautsky hatte der ebenfalls in Prag geborene spätere Arzt in Wien studiert, war anfänglich großdeutsch orientiert, bis ihn der Antisemitismusparagraph aus den schlagenden Burschenschaften verdrängte. Das Elend der Ziegelarbeiter am Stadtrand von Wien, das er als Arzt kennenlernte, politisierte ihn, und 1889 war er es, dem es gelang, die österreichische Sozialdemokratie durch die Zusammenführung der bis dahin konkurrierenden Gruppierungen

¹ Zit.n. Sozialistische Partei Österreichs (Hg.)/Victor Adler, Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky sowie Briefe von und an Ignaz Auer, Eduard Bernstein, Adolf Braun, Heinrich Dietz, Friedrich Ebert, Wilhelm Liebknecht Hermann Müller und Paul Singer. Gesammelt und redigiert von Friedrich Adler, Wien 1954, 236.

gen zu einigen. Er war bis zu seinem Tod ihr Vorsitzender und genoss Ansehen bis ins Kaiserhaus.

Der Brief zeigt die theoretische und praktische Hilfslosigkeit der beiden führenden Männer der Sozialdemokratie im Umgang mit den Problemen, die sich in der sprachlich-ethnischen Gemengelage der Habsburgermonarchie auftraten. Kautsky setzt „Sprachkampf“ und „nationale Kämpfe“ praktisch synonym, „Nation“ war für ihn „Sprachnation“, und auch Adler wusste es damals nicht anders.

Schon ein halbes Jahrhundert zuvor, in den Wirren des Revolutionsjahres 1848, hatte Friedrich Engels den Zerfall der Habsburgermonarchie nicht nur angekündigt, sondern sogar herbeigesehnt. „Die buntscheckige, zusammengeerbte und zusammengestohlene österreichische Monarchie, dieser organisierte Wirrwarr von zehn Sprachen und Nationen, dies planlose Kompositum der widersprechendsten Sitten und Gesetze, fängt endlich an, auseinanderzufallen“², prophezeite er. Er sollte Unrecht behalten, das Konglomerat hatte noch sieben Jahrzehnte und durchaus herzeigbare Erfolge auf manchen Gebieten, vor allem in Wissenschaft, Kunst und Kultur, vor sich.

In ihren Anfängen hatte die österreichische Arbeiterbewegung einen bemerkenswerten Internationalismus als ideologische Grundlage. Im Neudörfler Programm, dem ersten Versuch einer Parteigründung 1874, sprach man vom Selbstbestimmungsrecht der Völker und davon, dass „in der nationalen Gliederung ihrer Genossen kein Hindernis ihres gemeinsamen Strebens nach materieller Befreiung“³ zu erblicken wäre. Und selbstverständlich lief dieser Parteitag mehrsprachig ab. Ein Zusammenwirken, „welches alle Arbeiterschaften gleich berechtigt und gleich verpflichtet“⁴, sollte die Basis für einen Erfolg darstellen.

Das war Illusion. Im Folgejahrzehnt begann der Siegeszug des Deutschnationalismus in der österreichischen Reichshälfte, gepaart mit einer antisemitischen Grundhaltung. Auch der tschechische Nationalismus begann sich zu entwickeln. Nationalismus ist in seiner ersten Phase die Ideologie abhängi-

2 Zit. n. Friedrich Engels, Der Anfang des Endes in Österreich, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED (Hg.), Karl Marx, Friedrich Engels, Werke (MEW), Bd. 4, Berlin 1959, 504–510, 504.

3 Zit. n. Herbert Steiner, Der Neudörfler Parteitag und der Internationalismus, Referat, gehalten auf der Tagung der ITH in Neudörfel, 1974, 1.

4 Zit. n. Verhandlungen des sechsten österreichischen Sozialdemokratischen Parteitages, abgehalten zu Wien vom 6. bis einschließlich 12. Juni 1897 im Saale des Hotel Wimberger. Nach dem stenographischen Protokolle, Wien 1897, 125.

ger Gesellschaften an der Pforte zur Moderne, er entwickelt sich aber dann, wenn ein bestimmter ökonomischer Status erreicht ist, weiter zum Chauvinismus und zur Herabminderung der Menschen außerhalb des eigenen Nationsbegriffs. So erfolgte die Einigung der österreichischen Arbeiterbewegung am Hainfelder Parteitag gerade noch im Geist eines Internationalismus, und der erste „Erste Mai“ 1890 stand noch unter der Losung einer weltumspannenden Arbeiterbewegung als Antithese zum Nationalstaat.

Aber der Internationalismus wurde rasch deklamatorisch. Er war eine ideologische Klammer, die die österreichische Sozialdemokratie von allen anderen Parteien der Monarchie unterschied. Die Realität, vor allem in den großen Fabriken im Sudetenland, zeigte rasch, dass es nationale Gegensätze auch in der Arbeiterschaft gab. Der Vorwurf des Lohndrückens gegen anderssprachige Arbeiter sollte lange ein wirkungsvoller Spaltpilz sein. Und auch Victor Adler selbst konnte seine deutschnationale Sozialisation nicht immer verbergen. So schrieb er 1887:

„Auch die deutschen Arbeiter sind sich bewusst, was sie ihrem Volk als Deutsche schulden, und sie sind genötigt, den Kampf aufzunehmen, wenn die slawischen Genossen sie dazu zwingen, wenn in die proletarische Bewegung der Sprachenstreit getragen wird [...]. Als Deutsche kann es uns gleichgültig sein, ob die Tschechen deutsch lernen; als Sozialdemokraten müssen wir es geradezu wünschen.“⁵

Das hehre Bild einer internationalistischen Partei hatte also schon im 19. Jahrhundert eine Reihe von mühsam verdeckten Kratzern. Es gelang zwar, gemeinsame Wahlen zu schlagen, gemeinsame Erfolge zu erzielen, gemeinsam das Allgemeine Wahlrecht zu fordern. So war die Sozialdemokratie zumindest die einzige politische Bewegung, die über die Sprachgrenzen hinweg agierte und so zur Stütze des Gesamtstaates werden konnte. Hinter der Fassade eines deklamatorischen Internationalismus waren sprachnationale Konfliktlinien jedoch Realität. Das galt ganz besonders für die Gewerkschaftsbewegung, die ja vor Ort in die Lohnkämpfe eingebunden war und so unmittelbar die nationalen Vorbehalte unter den Arbeitern beobachten konnte.

Im Staat lief 1897 gerade die Badeni-Krise, in der Sprachverordnungen sogar zu Ausschreitungen im Parlament führten. Ein Jahr später war Mark Twain als amerikanischer Reporter im Wiener Reichstag. Er war erstaunt, wie unter den gegebenen Bedingungen ein Regieren in diesem Staat überhaupt möglich war. Er machte sich lustig, erweiterte sein Repertoire an deutschsprachigen

5 Zit. n. Die Gleichheit 1 (1887) 4, 2.

Schimpfwörtern, die er im Parlament hören konnte, und er hielt die Habsburgermonarchie für einen Anachronismus. Aber wie schon Friedrich Engels vor ihm sollte er sich irren. Die Monarchie hatte noch glanzvolle Jahre vor sich und gerade die Gemengelage an Sprachen und Religionen, an Küchen und an Bräuchen war die Basis für die wissenschaftliche und kulturelle Hochblüte. Die Sozialdemokratie sollte dazu einen gewichtigen Beitrag leisten. Sie tat es vor allem programmatisch. Schon am Parteitag 1897 in Wien musste sie anerkennen, dass „keine gemeinsame österreichische Sozialdemokratie mehr, sondern eine geeinigte Partei der österreichischen Sozialdemokratie, welche aus verschiedenen Nationalitäten zusammengesetzt ist“⁶, existiert. Der Brünner Parteitag, auf dem 1899 erstmals ernsthaft über die Lösungsansätze in der nationalen Frage diskutiert wurde, brachte keine Lösung. Er brachte aber praktisch die „Aussöhnung der Arbeiterschaft mit der Reichsidee“⁷, er war also die Geburtsstunde einer Bewegung, die manche spöttisch als „k. k. Sozialdemokratie“ bezeichneten.

Da gerade die jungen Intellektuellen in der Arbeiterbewegung den Widerspruch zwischen dem internationalistischen Anspruch und den nationalen Reibeflächen in der Praxis erkannten, wurde die Behandlung der nationalen Frage zum Alleinstellungsmerkmal der österreichischen Sozialdemokratie im Rahmen der weltumspannenden Arbeiterbewegung. Der „Austromarxismus“ war durch diese Diskurse geprägt. 1907 entstand die theoretische Zeitschrift „Der Kampf“, in der auf hohem Niveau die Diskussionen liefen. Diese hatten weit über die Monarchie hinaus Gewicht.

Die Hauptvertreter des Austromarxismus argumentierten vor allem theoretisch und gingen, vor allem Otto Bauer, der Frage nach, was denn nun eine „Nation“ konstituiere.⁸ Neben der Sprache schien das vor allem die gemeinsame historische Erfahrung zu sein, die kondensierte Geschichte von Menschen einer bestimmten Region. Bis in die Gegenwart kommen alle Theorien von Identitätskonstruktionen nicht an diesem theoretischen Fundament von

6 Zit. n. Verhandlungen des sechsten österreichischen Sozialdemokratischen Parteitages, abgehalten zu Wien vom 6. bis einschließlich 12. Juni 1897 im Saale des Hotel Wimberger. Nach dem stenographischen Protokolle, Wien 1897, 125.

7 Zit. n. Robert A. Kann, Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie. Geschichte und Ideengehalt der nationalen Bestrebungen vom Vormärz bis zur Auflösung des Reiches im Jahre 1918 (= Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft Ost 4), Bd. 2, 2. Erweiterte Auflage, Graz/Wien/Köln 1964, 162.

8 Otto Bauer, Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie, Wien 1907. Mit diesem Werk stellte sich der junge Otto Bauer in die erste Reihe der sozialdemokratischen Theoretiker. Der Text beeinflusste entscheidend die meisten Nationstheorien im 20. Jahrhundert.

Otto Bauer vorbei. Dieser Ansatz, der sich ja später in Kärnten eindrucksvoll dokumentieren und bestätigen sollte, wurde aber bei Bauer selbst immer wieder vom Sprachnationsverständnis verdrängt. Für die dominant jüdischen, aber deutschnational oder zumindest in der deutschsprachigen Kultur sozialisierten Theoretiker galt praktisch durchgängig Deutsch als überlegene Sprache. Sie sahen sich daher berechtigt und veranlasst, der deutschen Kultur eine hegemoniale Stellung einzuräumen. Das galt vor allem gegenüber den slawischen Sprachen und Kulturen der Monarchie.

Praktische Vorschläge zum Umgang mit den nationalen Fragen in der Habsburgermonarchie kamen hingegen eher aus nichtjüdischen Kreisen. Karl Renner⁹ und der Slowene Etbin Kristan entwickelten das Personalitätsprinzip, dass etwa, wie bei Religionszugehörigkeiten, jeder Mensch überall seine nationale Identität leben können sollte. Wie es katholische und protestantische Kirchen neben Synagogen und teilweise sogar Moscheen gab, die es in Wien, Prag oder Sarajewo ermöglichten, dass Angehörige der unterschiedlichen Religionsgemeinschaften nebeneinander leben konnten, so sollten auch Schulen oder Zeitungen ein Nebeneinander der Sprachen ermöglichen. Besonders wesentlich war dabei die Gerichtssprache, also die Möglichkeit, den eigenen Standpunkt in seiner eigenen Sprache vertreten zu können. Durch den mährischen Ausgleich von 1905 erschien eine solche Entwicklung auch realisierbar.

Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges war das österreichische Parlament gerade sistiert. Das sollte sich als Glücksfall erweisen, denn so blieb der österreichischen Sozialdemokratie eine Teilnahme an der Abstimmung über Kriegskredite erspart, wie sie in Deutschland zur Spaltung der Arbeiterbewegung mit ihren dramatischen Konsequenzen in den Folgejahrzehnten geführt hatte. Wohl jubelte Chefredakteur Friedrich Austerlitz in der „Arbeiter-Zeitung“ über das Mittragen der Kriegskredite durch die Mehrheit der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten.¹⁰ Und es gab die kriegsbefürwortende Stimmung auch in weiten Teilen an der Basis der österreichischen Arbeiterbewegung. Aber eine formelle Spaltung blieb den Österreichern erspart. Otto Bauer ging an die Front und viele Funktionäre folgten seinem Beispiel. Die Opposition, deren Leitfigur Friedrich Adler¹¹, der Sohn des Parteigründers und Freund

9 Synopticus (=Karl Renner), Staat und Nation. Zur österreichischen Nationalitätenfrage. Staatsrechtliche Untersuchung über die möglichen Principien einer Lösung und die juristischen Voraussetzungen eines Nationalitäten-Gesetzes. Mit einer Literaturübersicht, Wien 1899.

10 Friedrich Austerlitz, Der Tag der deutschen Nation, Arbeiter-Zeitung. Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratie in Österreich, 5. 8. 1914, 1.

11 Zur Person von Friedrich Adler siehe vor allem: Rudolf G. Ardelt, Friedrich Adler. Probleme einer Persönlichkeitsentwicklung um die Jahrhundertwende, Wien 1984.

und Kollege Albert Einsteins, war, trieb hingegen den Protest 1916 mit der Ermordung des Ministerpräsidenten Karl Graf Stürgkh (um die Wiedereinberufung des Parlaments zu erzwingen) auf die Spitze. Das sollte ein Wendepunkt sein, er stellte allerdings nicht den multiethnischen Staat, sondern nur die Regierungsform in Frage. Und auch Friedrich Adler wollte die Einheit der sozialdemokratischen Bewegung erhalten. Das ging sogar so weit, dass er nach Kriegsende einen Vermittlungsversuch zwischen der Zweiten, also der sozialdemokratischen und der Dritten, der kommunistischen Internationale unternahm. Seine spöttisch als „Internationale 2 ½“ bezeichnete Organisation ging aber bald wieder in der Sozialdemokratischen Arbeiterinternationale auf.

Jedenfalls war die österreichische Sozialdemokratie praktisch bis Kriegsende staatserhaltend ausgerichtet. Gesamtdeutsche Träume gab es, und diese führten 1918 auch zum „Anschlussbeschluss“, den die Sozialdemokratie nicht nur mittrug, sondern entscheidend beförderte.¹² Der Beschluss, dass Deutschösterreich Teil der Deutschen Republik sein sollte, wie es schon im Artikel 2 des Gesetzes über die Staats- und Regierungsform vom 12. November 1918 hieß, entsprach nicht nur der Stimmung im Land, sondern auch den Wünschen der Sozialdemokratie. Ein Anschluss an Deutschland schien zudem die Konsequenz der Idee vom Selbstbestimmungsrecht der Völker zu sein, wie sie der US-amerikanische Präsident Woodrow Wilson vertrat. Dass sie in diesem Fall keine Realisierungschance hatte, ergab sich aus der Logik, dass die Siegermächte Deutschland nicht stärken konnten oder wollten. Dass die österreichische Sozialdemokratie den Anschluss als Konsequenz nach der Implosion des alten Reiches ansah, kann aber keinesfalls so interpretiert werden, dass die Sozialdemokratie schon vor November 1918 zu den zentrifugalen Kräften in der Habsburgermonarchie zählte. Im Gegenteil: Der alte Kaiser konnte auf Victor Adler zählen, und der Nachfolger hatte in Karl Renner eine loyale Systemstütze, bis im Oktober 1918 der sich ankündigende Zerfall der Donaumonarchie diesen zur Entwicklung alternativer Modelle zwang.

12 Wolfgang Maderthaner, Der Rest ist Österreich, in: Wolfgang Maderthaner (Hg.), Österreich. 99 Dokumente, Briefe, Urkunden, Wien 2018, 364–369.

II. Kärnten war und ist anders

Kärnten war im späten 19. Jahrhundert wirtschaftlich im Vergleich zu den anderen Kronländern der Monarchie zurückgefallen. Die ehemals blühende Montanindustrie im Kronland erlebte einen Niedergang und setzte einen umgekehrten Urbanisierungsschub in Gang. Die nunmehr arbeitslos gewordenen Bergarbeiter gingen zurück zu den Bauernhöfen, von wo sie als zweite oder dritte Söhne, vom Erben des Hofes ausgeschlossen, abgewandert waren. Das in Kärnten zahlenmäßig große Landproletariat hatte daher oftmals einen industriellen Erfahrungshintergrund.

Obwohl um 1900 noch fast 60 % der Kärntner Bevölkerung dem Sektor der Land- und Forstwirtschaft zuzurechnen waren und der Anteil von Gewerbe und Industrie noch unter 20 % lag, gab es eine breite Basis von Menschen, die für die Sozialdemokratie ansprechbar war, da sie nicht im klassischen Sinn als „bäuerlich“ zu bezeichnen waren. Das galt auch, vielleicht sogar besonders, für jene Menschen, die aus slowenischsprachigen Familien zur Industrie zogen und dort, mehr oder weniger freiwillig, Deutsch sprachen und sich langsam assimilierten. Zurück am Land, nach dem Einbruch der Industrie, waren diese nationalen Grenzgänger meist Landarbeiter und hatten nur in der Sozialdemokratie eine politische Ansprech- und Auffangstation.

Bei den ersten Wahlen nach dem Allgemeinen Wahlrecht für Männer im Jahr 1907 landete die Sozialdemokratie bereits auf dem zweiten Platz, hinter den Deutschnationalen und vor den Christlichsozialen. Villach, die Eisenbahnerstadt und der Verkehrsknotenpunkt, war jene Stadt, die rasch von den Sozialdemokraten dominiert werden konnte. Das war zu erwarten und entsprach der nationalen und internationalen Erfahrung. Eine Kärntner Besonderheit war aber die Breitenwirkung, die die Sozialdemokratie in einem nicht urbanen Umfeld erzielen konnte. Bei den ersten Wahlen in der jungen Republik erreichte sie mit 49 % ein Resultat, das fast an Wien herankam. Besonders beeindruckend war der Wahlerfolg in den gemischtsprachigen Gebieten. Man kann also durchaus von einem „roten Kärnten“ sprechen, wenn sich auch Wertvorstellungen und Selbstdefinitionen von jenen der Metropole deutlich unterschieden. In Kärnten trat nicht das „Bauvolk der kommenden Welt“ an,¹³ um

13 Dieses populäre Lied der Arbeiterbewegung war titelgebend für: Wolfgang Neugebauer, Bauvolk der kommenden Welt. Geschichte der sozialistischen Jugendbewegung in Österreich, Wien 1975.

„neuen Menschen“¹⁴ neue Lebensformen zu ermöglichen. Die politischen Ansprüche mussten bescheidener oder zumindest anders sein. Wien konnte sich als Gegenmodell zur konservativen Bundespolitik profilieren, in Kärnten war es stets notwendig, Bündnisse einzugehen.

Die politischen Rahmenbedingungen in Kärnten erklären sich zumindest teilweise auch aus der wenig geglückten Gegenreformation, die sich nicht entscheidend gegen den Protestantismus durchsetzen konnte, der zumindest als Krypto-Protestantismus unter einer katholischen Oberfläche überleben konnte. Das galt für jene Teile des Landes, in denen es keine zweite Sprachgruppe gab. Zudem hatte die katholische Kirche in der Phase des beginnenden Nationalismus eine Schutzfunktion für die slowenischsprachige Minderheit übernommen, die sie von den „Deutschkärntnern“ und damit auch von einem Großteil der arbeitenden Bevölkerung entfernte. Etwas plakativ kann man sagen, dass die Kampflinie um die Zugehörigkeit (oder wohl auch Zuordnung) zu einer Sprachgruppe am Dorf zwischen dem katholischen Pfarrer und dem deutschnationalen oder sozialdemokratischen Lehrer verlief, also praktisch ein Kulturkampf war.¹⁵ Dabei war die sozialdemokratische Position klarerweise wesentlich eher brückenbauend als jene der Deutschnationalen, die das Land als Bollwerk gegen eine slawische Bedrohung sahen. Die deutschnationale Bildungselite war weitgehend in Graz sozialisiert worden, und von dort hatten sie die Idee des „sprachlichen Abwehrkampfes“ nach Kärnten mitgenommen.

Für die Sozialdemokratie in Kärnten galt das Bekenntnis zum Deutschtum aber durchaus als ein Ausdruck von Modernität und Fortschritt,¹⁶ während das Beharren auf einer slowenischen Identität als rückwärtsgewandt und als klerikal-beherrschend eingestuft wurde. Das erinnert ein wenig an Victor Adler, der schließlich auch im Erlernen der deutschen Sprache und im freiwilligen Eintritt in eine imaginierte deutsche Kultur den Schlüssel zum Erfolg der Arbeiterbewegung im Vielvölkerstaat sah. Und auch in Kärnten war der Anspruch der Internationalität weitgehend deklamatorisch. Er war aber doch nicht ganz bedeutungslos, sodass die Sozialdemokratie sich auch als Brückenbauer zwischen den Sprachgruppen verstehen und versuchen konnte,

14 Josef Weidenholzer, *Auf dem Weg zum „Neuen Menschen“*. Bildungs- und Kulturarbeit der österreichischen Sozialdemokratie in der Ersten Republik (Schriftenreihe des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung 12), Wien 1983.

15 Helmut Konrad, *The Empire in the Provinces: The Case of Carinthia*, in: Religions, ed. by Malachi Hacoheh and Peter Iver Kaufman, published 2016.

16 Hellwig Valentin, *Kärntens „Sturmjahre“ 1918–1920. Die Zeit des Abwehrkampfes und der Volksabstimmung mit besonderer Berücksichtigung der Arbeiterschaft*, Klagenfurt 2000, 14–15. Für die folgenden Ausführungen ist dieser Text eine entscheidende Grundlage, wie auch die anderen Arbeiten Hellwig Valentins.

zumal sie es war, die Zugang zu jener Bevölkerungsgruppe hatte, die, aus einem slowenischsprachigen Umfeld stammend, sich in Richtung Assimilation bewegte, was nicht zuletzt mit den Arbeitsmöglichkeiten außerhalb des bäuerlichen Milieus zu tun hatte.

Vor allem ist aber auch ein Anti-Wien-Reflex zu beachten, der in Kärnten wie auch in anderen Kronländern abrufbar war. Dieser Reflex war einerseits gegen Habsburg und damit gegen den Katholizismus gerichtet. Und er galt als antizentralistische, föderalistische Position. Er richtete sich aber auch gegen Wien als „Babylon“, als Stadt der Vermischung der Sprachen und der Kulturen, mit einer besonderen antisemitischen Komponente. Diese streute in ihren Begründungszusammenhängen sehr breit, sie war antikapitalistisch, anti-internationalistisch und damit in der Tendenz auch gegen die führenden Theoretiker der österreichischen Arbeiterbewegung gerichtet. Diese hatten ihre jüdischen Traditionen zwar weitgehend verlassen, das Judentum spielte in ihrem Lebenszusammenhang praktisch keine Rolle, in der Zuschreibung von außen, auch von den Sozialdemokraten außerhalb Wiens, wurden sie jedoch als JüdInnen wahrgenommen. Die Sozialdemokratie in der Provinz wollte sich aber keinesfalls als „Judenpartei“ abstempeln lassen. Dabei war dieser Antisemitismus im Wesentlichen eine Projektion. Die Kultusgemeinde in Klagenfurt zählte 1910 nur 210 Mitglieder, und in ganz Kärnten gab es nur 311 JüdInnen. Der Antisemitismus funktionierte also praktisch ohne JüdInnen, er war ein Reflex auf die bedrohlich wirkende Metropole. Er eignete sich, wie schon in früheren Epochen, perfekt für Schuldzuschreibungen.¹⁷

Da eine politische Entität „Slowenien“ in der Habsburgermonarchie nicht existierte, auch nicht außerhalb der Grenzen der Monarchie, unterschied sich die Situation für die SlowenInnen in Kärnten und auch in der Steiermark grundsätzlich von jener der Tschechen oder der Italiener innerhalb der alten Monarchie. Zudem war ein slowenischer Nationalismus erst zeitversetzt entwickelt worden, was mit der ökonomischen Situation und dem weitgehenden Fehlen einer slowenischsprachigen Bildungsbürgerschicht zu tun hat. Die Universität in Laibach/Ljubljana, an der eine slowenischsprachige Bildungselite herangezogen werden konnte, entstand erst nach dem Ende des Ersten Weltkrieges. Wohl gab es in Kärnten Sprachenkonflikte, wie etwa 1909 und 1910, als SlowenInnen am Klagenfurter Hauptbahnhof darauf bestanden, beim Kauf ihrer Fahrkarten die slowenische Sprache verwenden zu dürfen.¹⁸ An die Errichtung eines südslawischen Staates oder eines südslawischen Territoriums innerhalb der Monarchie dachte vor 1917 allerdings niemand wirklich

17 Konrad, *The Empire in the Provinces*.

18 Valentin, *Kärntens „Sturmjahr“*, 17.

ernsthaft. Dies erfolgte erst mit der Übernahme der „Maideklaration“ 1917 durch die Slowenen, in der die Südslawen die Forderung nach einem eigenen Staat erhoben, was aber in Kärnten auch als Reaktion auf die Schikanen gegen slowenische Geistliche und Politiker, bei denen man in den letzten Kriegsjahren meist ohne ausreichenden Grund Illoyalität vermutete, interpretiert werden kann. An der Front aber, speziell am Isonzo, kämpften slowenische Soldaten an der Seite ihrer Waffenbrüder aus den unterschiedlichsten Teilen der Monarchie bis zum Waffenstillstand. In berührender Weise ist dies im Drama von Franz Theodor Csokor „3. November 1918“, lange Pflichtlektüre in den Schulen, dargestellt. Und die komplexe, widersprüchliche und emotional hoch aufgeladene Situation für die unterschiedlichen Angehörigen der habsburgischen Armee und auch die Situation auf der anderen Seite der Front kann man beeindruckend im Museum in Kobarid in Slowenien (deutsch: Karfreit; italienisch: Caporetto) nachvollziehen.

Während andere nationale Gruppierungen der Monarchie mit Auslandsvertretungen, mit Exilregierungen oder zumindest mit einer einflussreichen Emigration in Paris oder Washington längst versuchten, ihre territorialen Interessen politisch zu formulieren und in die Diskussion um Kriegsziele oder Nachkriegsordnungen einzuspeisen,¹⁹ waren die SlowenInnen Kärntens, und nicht nur Kärntens, hier deutlich im zeitlichen Hintertreffen. Der Nationalismus hatte in der slowenischsprachigen ländlichen Bevölkerung noch nicht wirklich Wurzeln geschlagen.

III. Im Abwehrkampf

Unter den geschilderten Rahmenbedingungen war es nicht verwunderlich, dass sich die Ereignisse nach dem Waffenstillstand in Kärnten von den anderen Bundesländern in Österreich unterscheiden mussten. Tirol musste schmerzhaft die Entscheidungsgewalt einer Siegermacht hinnehmen, die das Land teilte. Die Steiermark verlor ein Drittel ihres Territoriums an den neuen südslawischen Staat.²⁰ Wenn den Siegermächten das Argument von „historischen Grenzen“, etwa in Böhmen, ins Konzept passte, wurde es dem „Selbstbestimmungsrecht“ vorgezogen. Machtpolitik ging vor Konsequenz, und die

19 Helmut Konrad, *Drafting the Peace*, in: Jay Winter (Hg.) *The Cambridge History of the First World War*, vol. 2: *The State*. Cambridge 2014, 606–637.

20 Helmut Konrad/Petra Greff, *100 Jahre Grenze. Eine Ausstellung in 3 Kapiteln. 1919–1945. Heft 2: Leben an der Grenze*, Graz 2018, 8.

Siegermächte hatten ja den Krieg geführt, „um Resultate zu erzielen“²¹, wie es der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau formulierte.

Besonders bemerkenswert war, dass sich große Teile der eben untergegangenen Habsburgermonarchie nun im Lager der Sieger befanden. Tschechen und Slowaken, Kroaten und Slowenen saßen nun auf der anderen Seite des Tisches. Für die Italiener der alten Monarchie konnte immerhin Italien als Siegermacht argumentieren, die anderen hatten allerdings vier Jahre lang weitgehend loyal auf der Seite der Verlierer gekämpft und waren nun zu Siegern mutiert.

Sieger können Ansprüche erheben. Und sie können ihre Ansprüche zumeist so weit durchsetzen, als diese nicht mit den Interessen anderer Sieger kollidieren. Dann muss abgetauscht werden, wie dies etwa zwischen Italien und dem SHS-Staat erfolgte. Und der SHS-Staat sah es als legitim an, jene Gebiete der alten Kronländer beanspruchen zu dürfen, in denen zumindest mehrheitlich eine slowenischsprachige Bevölkerung wohnte. Das sollte auch mit militärischen Mitteln durchgesetzt werden. In der Untersteiermark führte das zu blutigen Konsequenzen in der Stadt Marburg/Maribor. Dort fand die amerikanische Delegation unter Sherman Miles eine mit blutiger Gewalt von deutschsprachigen Zeugen und Zeugnissen, wie etwa Fahnen, gereinigte Stadt vor. Aber es war auch in Graz klar, dass die Untersteiermark nicht bei Deutschösterreich zu halten war, da insgesamt der Anteil an deutschsprachiger Bevölkerung zu gering war.

Kärnten war aber tatsächlich anders. Als die amerikanische „fact finding mission“ unter Sherman Miles im Jänner 1919 von Marburg/Maribor nach Unterkärnten weitergefahren war, fand sie dort zu ihrem Erstaunen im Jauntal und im Rosental viele Menschen vor, die slowenisch sprachen, aber nicht zum SHS-Staat gehören wollten. Das brachte das Sprachnationsverständnis, von dem auch die Amerikaner ausgegangen waren, ins Wanken, und Miles machte sich daher in seinen Berichten an den amerikanischen Präsidenten Wilson für die Karawanken als Südgrenze Kärntens stark. Das war nunmehr bei den Pariser Friedensverhandlungen die amerikanische Position, die jedoch der südslowakischen, von Frankreich gestützten Sicht auf diese Frage widersprach und sich daher auch nicht durchsetzen konnte.

21 Zit. n. Helmut Konrad, Ein Frieden, der die Hoffnung auf Frieden begräbt? Die Neuordnung der Welt 1919–1922, in: Alfred Ableitinger/Martin Moll (Hg.), *Licence to detect*. Festschrift für Siegfried Beer zum 65. Geburtstag (Schriftenreihe des Instituts für Geschichte 19), Graz 2013, 212–233, 212.

Inzwischen hatte aber bereits der erste Abschnitt des Kärntner Abwehrkampfes stattgefunden. Schon am 17. Oktober 1918 hatte in Laibach/Ljubljana der neu konstituierte slowenische Nationalrat Gebietsansprüche erhoben, erst auf ganz Kärnten, letztlich schließlich auf ein Drittel des Landes. Die Kärntner Seite betonte hingegen die Unteilbarkeit des alten Kronlandes. Letztlich wurde am 19. November eine Demarkationslinie gezogen, die in Bleiburg begann und dann der Drau und der Gail folgte. Der SHS-Staat wollte allerdings rasch neue Fakten schaffen, und seine Truppen überschritten am 29. November 1918 die Grenzlinie und drangen bis nach Klagenfurt und Villach vor. Doch noch im Dezember genehmigte der Wehrausschuss der provisorischen Kärntner Landesversammlung Gegenmaßnahmen, die innerhalb weniger Tage dazu führten, dass die südslawischen Truppen aus Kärnten vertrieben werden konnten. Am 12. Jänner 1919 trat ein Waffenstillstand in Kraft, der in Graz unterzeichnet wurde.

Hellwig Valentin, der genaue Kenner der Situation und der Experte für die Geschichte der Arbeiterbewegung in Kärnten,²² dokumentiert, dass die Abwehrbereitschaft der Kärntner den entscheidenden Impuls durch die sozialdemokratisch dominierten Soldatenräte erfahren hatte. Schon in seiner konstituierenden Sitzung am 29. November 1918 hatten die Räte beschlossen, dass der südslawischen Aggression „unbedingt Einhalt zu gebieten“ sei. In der provisorischen Landesversammlung vom 5. Dezember 1918 waren es dann aber die Deutschnationalen, die ein energisches Entgegenreten gegenüber den südslawischen Truppen forderten. Ihr Antrag wurde schließlich einstimmig, also auch mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Christlichsozialen, angenommen. Schon am 3. Dezember verabschiedeten die sozialdemokratischen Abgeordneten folgende Resolution, die Florian Gröger in seinen Erinnerungen zitiert:

„Die Sozialdemokraten sind seit jeher gegen jede nationale Unterdrückung und Verfolgung aufgetreten. Wir erklären auch heute unsere brüderliche Solidarität mit den Völkern aller Nationen, weil wir darin die einzige Gewähr für den Weltfrieden und die Befreiung des Proletariats aus den Fesseln des Kapitalismus erblicken. Der Einmarsch der jugoslawischen Truppen in Kärnten und die Besetzung deutscher Gebiete vor Festsetzung der Reichsgrenzen erachten wir jedoch als Gewaltakt, die wir im Interesse der Arbeiterklasse nicht ruhig hinnehmen können, weil dadurch die Ruhe und Ordnung gestört und die geordnete Verpflegung der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterschaft, gefährdet wird. Unsere Abwehrstellung gegenüber dem Eindringen südslawischer Truppen in die deutschen Gebiete Kärntens entspricht daher nur dem

22 Valentin, Kärntens „Sturmjahre“, 14–15.

Zwange der Not und zum Schutze des deutschen Volkes unseres Landes. Wir haben stets für das Selbstbestimmungsrecht der Völker gekämpft, verlangen dasselbe Recht auch für die deutsche Nation. Das Eindringen südslavischer Truppen in die deutschen Gebiete Kärntens ist eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes und ein Vorgehen gegenüber dem Beschluss der Friedenskonferenz.“²³

Mit dieser Resolution, einer spannenden Mischung aus proletarischem Internationalismus und deutschnationalen Ansichten, stimmten die Sozialdemokraten dem Beschluss, einen Abwehrkampf zu führen, zu. Sie verlangten aber, dass sich „auch das Bürgertum bei der Abwehr zur Verfügung stellen“ müsse und dass es zu keinen Zwangsrekrutierungen kommen dürfe.

In Wien zögerte man. Otto Bauer, der das Außenministerium leitete, fürchtete um die österreichische Position bei den kommenden Friedensverhandlungen, wenn es zu Kämpfen mit einer Siegermacht käme. Zudem war Österreich auf die Lebensmittellieferungen aus Jugoslawien angewiesen. Dennoch, es war letztlich auch die Volkswehr, die von den Sozialdemokraten dominiert wurde, die die Kämpfe nicht nur mittrug, sondern oftmals entscheidend führte. Die Männer kamen auch aus anderen Bundesländern, und obwohl die deutschnationale Seite diese „roten Garden“ mit Misstrauen beobachtete, waren ihre Opfer (von den 227 auf Kärntner Seite Gefallenen waren 156 Angehörige der Volkswehr oder der Gendarmerie) hoch und ihr Anteil an den ersten Erfolgen bemerkenswert.²⁴

Es ist in der Fachwissenschaft erstaunlicherweise noch immer umstritten, ob die Miles-Mission, die die Grundlage für den späteren Entscheid für eine Volksabstimmung bildete, auch ohne die Abwehrkämpfe vom Jänner 1919 stattgefunden hätte. Otto Bauer hatte jedenfalls gebeten, die Mission von der Untersteiermark auch auf Kärnten auszudehnen, und es spricht einiges dafür, dass der Besuch unabhängig von den Kampfhandlungen geplant war. Zumindest findet sich in den Berichten nichts, was auf einen spontanen, durch die Kampfhandlungen geweckten Beschluss hinweisen würde. Bis heute ist es aber eine wesentliche Frage, vor allem für die späteren Vereinnahmungen der Ereignisse in der Landesgeschichte und damit in der kollektiven Erinnerung des Landes. Ohne die Miles-Mission und deren Bericht an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika wäre es jedenfalls sicher nicht zu einer Volksabstimmung gekommen. Dieser Beschluss war ja letztlich ein Kompromiss,

23 Zit. n. Florian Gröger, Von unten auf! Eine Selbstbiographie, Klagenfurt 1926, 32.

24 Valentin, Kärntens „Sturmjahre“, 41.

da sich die Amerikaner mit ihrer Idee der Karawankengrenze in Paris nicht durchsetzen konnten.

Das führt zu einer wesentlichen Frage, nämlich des Verhältnisses der sozialdemokratisch dominierten Bundesregierung zur Situation in Kärnten. Die Bundesregierung hatte es nicht leicht, wollte sie mit einer offenen Unterstützung der Kämpfer in Kärnten nicht die sensiblen anderen Grenzfragen Deutschösterreichs gefährden. Hellwig Valentin hat aber schlüssig nachgewiesen, dass von Anfang an nicht nur die Rückendeckung aus Wien vorhanden war, sondern dass die Regierung auch versuchte, diplomatisch das Vorgehen der Kärntner zu rechtfertigen. Als Ende April 1919 der zweite südslawische Angriff auf Kärnten begann, erklärte die Regierung dies als „Bruch des Waffenstillstandes“, jenes Waffenstillstandes, der im Jänner in Graz vereinbart worden war. Sie nannte das Vorgehen „durch nichts gerechtfertigt und völkerrechtlich ganz unerhört“²⁵. Da das Kanzleramt, das Heeresministerium und das Außenministerium sozialdemokratisch geführt wurden, ist es klar, dass die Bundesregierung hinter den KärntnerInnen stand. Valentin hat auch die „Renner-Legende“ schlüssig demontiert. Karl Renner war kein Vertreter einer „Draugrenze“ als möglichen Kompromiss zur Lösung des Konflikts. Die Idee einer Draugrenze stammte aus Kärnten selbst. Renner vertrat konsequent die Position einer Landeseinheit und setzte sich bei den Friedensverhandlungen in Paris vehement für die Idee einer Volksabstimmung ein.

Für die Monate der Kämpfe um die Grenze kann man ohne Zweifel sagen, dass sich die Kärntner Arbeiterbewegung in die Reihen jener eingliederte, die gegen die Ansprüche des südslawischen Staates auftraten. Allerdings hielt sich die Begeisterung der Kärntner ArbeiterInnen allgemein eher in Grenzen. Zu sehr sahen sie sich als Personen, die nach dem Großen Krieg Blutvergießen zu vermeiden trachteten. Dennoch wurde ihnen von südslawischer Seite noch jahrzehntelang vorgehalten, sie seien mit „allen Kräften an der Seite des deutschen Bürgertums“²⁶ gestanden. Das wäre ein Verrat an der Idee des Internationalismus gewesen. Aber auch die slowenische Sozialdemokratie, in der Monarchie ein Vorbild an internationaler Gesinnung und in einer Vorreiterrolle bei der Entwicklung von Konzepten zur Lösung der nationalen Frage, schwenkte nur allzu schnell auf die Positionen der Mehrheitsparteien in Slowenien um. So sahen sich die einst im internationalistischen Geist verbundenen sozialdemokratischen Teilorganisationen der Partei aus der Zeit der Habsburgermonarchie nunmehr konträren Zukunftsvorstellungen verpflichtet und weitgehend freiwillig in die jeweilige nationale Loyalität eingebun-

25 Zit. n. Ebd., 48.

26 Zit. n. Ebd., 34.

den. Es sollte ihnen später nur wenig gedankt werden, und zwar auf beiden Seiten der Grenze.

Der Kärntner Abwehrkampf hatte schließlich noch zwei weitere Phasen. Mit dem erwähnten Bruch des Waffenstillstandes drangen ab 29. April 1919 südslawische Truppen über die Demarkationslinie vor. Sie wurden zurückgedrängt, und die Kärntner Einheiten eroberten sogar Eisenkappel und Bleiburg zurück. Sie rückten sogar über die alte Kronlandgrenze vor, dann aber untersagte Wien mit gutem Grund weitere Kampfhandlungen, um die eben angelaufenen Friedensverhandlungen in Saint Germain nicht zu belasten. Als dort eine Volksabstimmung vereinbart worden war, setzte die dritte Phase der Kampfhandlungen ein. Quantitativ und ausrüstungstechnisch hoch überlegene südslawische Truppen unter General Rudolf Maister überschritten am 28. Mai 1919 die Grenze und besetzten am 6. Juni sogar Klagenfurt. Der Oberste Rat der Alliierten in Paris ordnete jedoch das Zurückziehen der Truppen hinter die Demarkationslinie an, und italienische Truppen, die ja nicht gerade als Freunde des SHS-Staates galten, überwachten die Einhaltung des neuerlichen Waffenstillstands.

IV. Die Volksabstimmung

Es ist hier nicht der Ort, um die Geschichte der Volksabstimmung umfassend zu erzählen. Dies ist umfassend und genau bereits mehrfach erfolgt und sie ist auch fachlich nicht mehr umstritten. Unbedingt aber muss darauf hingewiesen werden, dass die Arbeiterbewegung mit ihrer Vertretung, der Kärntner Sozialdemokratie, entscheidend zum Ausgang beigetragen hat. Es war nur die Sozialdemokratie, die mit einem eigenen Presseprodukt, den „Sozialdemokratischen Mitteilungen für das Abstimmungsgebiet“²⁷ in Erscheinung trat und mit ihm auf Ungerechtigkeiten und Übergriffe der jugoslawischen Soldaten in dem von ihnen kontrollierten Gebiet südlich der Demarkationslinie hinwies. Und die Sozialdemokratie war bei den Wahlen 1919 als die mit Abstand stärkste Partei im Abstimmungsgebiet hervorgegangen. Sie erzielte dort mit 64,4 % fast eine Zweidrittelmehrheit.²⁸ Ihr Wort hatte also Gewicht, bei den ArbeiterInnen aus beiden Sprachgruppen, dazu aber auch in der bäuerlichen Bevölkerung. Ohne ein aktives Mittun und ohne ein großes Engagement der

27 Valentin erwähnt, dass die „Sozialdemokratischen Mitteilungen für das Abstimmungsgebiet“ ab Mitte Mai 1919 zweimal wöchentlich erschienen, siehe: Valentin, Kärntens „Sturmjahre“, 63.

28 Ebd., 31.

Sozialdemokratie wäre also das letztlich in der Volksabstimmung erzielte Resultat nicht möglich gewesen.

Es gab allerdings statistische Ausreißer. In Ferlach hofften etwa die Büchsenarbeiter, dass ein Siegerstaat eine größere Nachfrage nach Waffen haben würde als ein Niederlagenstaat, dessen Heer zu einem kleinen Berufsheer geschrumpft war, mit eher zu großer als zu kleiner Infrastruktur. Das zeigt, dass die Motive für das Abstimmungsverhalten nicht notwendigerweise sprachnationale waren, sondern dass es auch andere Interessenslagen gab. Da ging es um die Absatzmärkte für die landwirtschaftlichen Produkte oder aber um die Frage der in Jugoslawien bestehenden Wehrpflicht. Es ging auch darum, dass der Staat im Süden ja nicht Slowenien war und dass im Abstimmungsgebiet Soldaten aus anderen Landesteilen des südslawischen Staates standen. Und es gab die politische Loyalität, man folgte der Richtung, die von der jeweiligen Parteiführung vorgegeben wurde. Erwin Steinböcks vorbildliche regionale Untersuchungen ergaben, dass mehr als die Hälfte jener slowenischsprachigen Menschen, die letztlich für Österreich den grünen Stimmzettel in die Urne warfen, dies taten, weil es der Direktive der Sozialdemokratie entsprach.

Das Resultat der Volksabstimmung, das auch die Abstimmungszone A bei Österreich beließ, war daher nur zum Teil ein Sieg des Kärntner Deutschnationalismus. Auch die Christlichsoziale Partei hatte ihren Anteil mit ihrem Einfluss über die Kirche. Der Erfolg war nur gemeinsam zu erreichen. Daran hatte auch die Hauptstadt Wien einen Anteil, und es gab den wichtigen Beitrag der überregionalen Volkswehr. Dass Sherman Miles einen entscheidenden Anteil daran hatte, dass es überhaupt zu einer Volksabstimmung kam, ist unbestritten.²⁹ Die notwendigen Stimmen für Österreich bei der Abstimmung selbst kamen aber zu einem nicht unwesentlichen Teil unter dem Einfluss der Sozialdemokratie zustande. Das wurde aber in den Folgejahrzehnten ihr ebenso wenig gedankt, wie es der slowenischsprachigen Bevölkerung für ihre Stimmen für Österreich gedankt wurde. Die politische Vereinnahmung der Ereignisse, die historische Uminterpretation und die daraus entstandene Konfliktsituation belastete das Klima im Land fast für ein ganzes Jahrhundert.

29 Helmut Konrad, Die „Österreichermacher“, in: Mitteleuropazentrum an der Andrassy Universität Budapest (Hg.), Jahrbuch für Mitteleuropäische Studien 2016/17, Budapest 2018. 237–250.

V. Nachwehen

Es ist hoch an der Zeit, allgemein zur Kenntnis zu nehmen, dass der 10. Oktober 1920 ein Datum ist, an dem ein gemeinsamer Erfolg errungen wurde. Ein Erfolg, der nicht nur auf dem Schulterschluss der politischen Parteien im Land beruhte, sondern auch aktiv von einem großen Teil der Slowenisch sprechenden Menschen mitgetragen wurde. Und es war der Erfolg eines parteiübergreifenden Schulterschlusses. Damit können Abwehrkampf und Volksabstimmung nicht als Triumph des Deutschnationalismus gelesen werden, so sehr auch deutschnationale Argumente auch von den anderen politischen Parteien in jener Zeit aufgegriffen und eigenständig verwendet wurden. Die Sozialdemokratie sprach unreflektiert von „deutschem Boden“. Sie war aber damit als Kärntner Partei nicht allein. In Wien trat Otto Bauer als Außenminister zurück, als Südtirol für Österreich definitiv verloren war, denn er hatte sentimentale Gefühle für jene einzige Landschaft, „wo der Süden deutsch ist“. Bauer hatte allerdings Korrektive um sich, die seine deutschnationale Auswahlung einfangen konnten, während die Kärntner Sozialdemokratie sich in der Grundstimmung der Bevölkerung des Landes gefangen sah. Dies wurde ihr politisch aber in den Folgejahren nicht gedankt.

Hellwig Valentin zitiert den Villacher Sozialdemokraten Leopold Pölzl, der bereits wenige Tage nach der Volksabstimmung voraussah, dass trotz des großen sozialdemokratischen Beitrags zum Sieg in der Volksabstimmung und trotz der Opfer, die die Kärntner Arbeiterschaft im Abwehrkampf zu tragen hatte, die Sozialdemokraten bald wieder die „Verräter der Nation“³⁰ sein würden. Und es war schließlich so. Die zur Einheitsliste zusammengeschlossenen bürgerlich-nationalen Parteien Kärntens riefen im Wahlkampf des Jahres 1923 auf, dass man nach der Befreiung „von äußeren Feinden“ nunmehr das Land von den „inneren Feinden“, also von dem „Rotem Gesindel“ befreien müsse. Die politische Umdeutung und die Vereinnahmung hatten also sehr rasch voll eingesetzt. Das traf nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch und vor allem die Minderheit, denn der große, ja entscheidende Anteil der slowenischsprachigen Bevölkerung am Resultat der Volksabstimmung und der geringe Anteil von Kärntner SlowenInnen an propagandistischen oder militärischen Aktionen der Südslawen wurde ihnen nicht gedankt. Versprechungen, die vor der Abstimmung gemacht wurden, wurden rasch verdrängt. Die Zweisprachigkeit der Argumentationen war von kurzer Dauer.

30 Zit. n. Valentin, Kärntens „Sturmjahre“, 27.

Die Uminterpretation der Ereignisse zu einem „Sieg in deutscher Nacht“³¹ spielte den Nationalsozialisten in die Hände und blieb sogar nach 1945 die im Lande hegemoniale Sichtweise auf dieses dramatische Kapitel der eigenen Geschichte. Ein Jahrhundert nach der Kärntner Volksabstimmung ist aber doch zu konstatieren, dass sich eine ausgewogene Sicht auf die Ereignisse Raum geschaffen hat. Dass die Volksabstimmung nur parteiübergreifend und Sprachgrenzen überschreitend zu einem Erfolg für Kärnten und Österreich werden konnte, ist heute weitestgehend akzeptiert.

31 Hans Steinacher, *Sieg in deutscher Nacht. Ein Buch vom Kärntner Freiheitskampf*, Wien 1943.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen

Austerlitz, Friedrich, Der Tag der deutschen Nation, Arbeiter-Zeitung. Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratie in Österreich, 5. 8. 1914.

Die Gleichheit 1 (1887) 4.

Verhandlungen des sechsten österreichischen Sozialdemokratischen Parteitages, abgehalten zu Wien vom 6. bis einschließlich 12. Juni 1887 im Saale des Hotel Wimberger. Nach dem stenographischen Protokolle, Wien 1897.

Literatur

Ardelt, Rudolf G., Friedrich Adler. Probleme einer Persönlichkeitsentwicklung um die Jahrhundertwende, Wien 1984.

Bauer, Otto, Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie, Wien 1907.

Engels, Friedrich, Der Anfang des Endes in Österreich, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED (Hg.), Karl Marx, Friedrich Engels, Werke (MEW), Bd. 4, Berlin 1959, 504–510.

Gröger, Florian, Von unten auf! Eine Selbstbiographie, Klagenfurt 1926.

Kann, Robert A., Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie. Geschichte und Ideengehalt der nationalen Bestrebungen vom Vormärz bis zur Auflösung des Reiches im Jahre 1918 (= Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft Ost 4), Bd. 2, 2. Erweiterte Auflage, Graz/Wien/Köln 1964.

Konrad, Helmut, Die „Österreichermacher“, in: Mitteleuropazentrum an der Andrassy Universität Budapest (Hg.), Jahrbuch für Mitteleuropäische Studien 2016/17, Budapest 2018. 237–250.

Konrad, Helmut, Drafting the Peace, in: Jay Winter (Hg.) The Cambridge History of the First World War, vol. 2: The State. Cambridge 2014, 606–637.

Konrad, Helmut, Ein Frieden, der die Hoffnung auf Frieden begräbt? Die Neuordnung der Welt 1919–1922, in: Alfred Ableitinger/Martin Moll (Hg.), Licence to detect. Festschrift für Siegfried Beer zum 65. Geburtstag (Schriftenreihe des Instituts für Geschichte 19), Graz 2013, 212–233.

Konrad, Helmut, The Empire in the Provinces: The Case of Carinthia, in: Religions, ed. by Malachi Hacoen and Peter Iver Kaufman, published 2016.

Konrad, Helmut/Greff, Petra, 100 Jahre Grenze. Eine Ausstellung in 3 Kapiteln. 1919–1945. Heft 2: Leben an der Grenze, Graz 2018.

Maderthaler, Wolfgang, Der Rest ist Österreich, in: Wolfgang Maderthaler (Hg.), Österreich. 99 Dokumente, Briefe, Urkunden, Wien 2018, 364–369.

Neugebauer, Wolfgang, Bauvolk der kommenden Welt. Geschichte der sozialistischen Jugendbewegung in Österreich, Wien 1975.

Sozialistische Partei Österreichs (Hg.)/Victor Adler, Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky sowie Briefe von und an Ignaz Auer, Eduard Bernstein, Adolf Braun, Heinrich Dietz, Friedrich Ebert, Wilhelm Liebknecht Hermann Müller und Paul Singer. Gesammelt und redigiert von Friedrich Adler, Wien 1954.

Steinacher, Hans, Sieg in deutscher Nacht. Ein Buch vom Kärntner Freiheitskampf, Wien 1943.

Steiner, Herbert, Der Neudörfler Parteitag und der Internationalismus, Referat, gehalten auf der Tagung der ITH in Neudörfel, 1974, 1.

Synopticus (=Karl Renner), Staat und Nation. Zur österreichischen Nationalitätenfrage. Staatsrechtliche Untersuchung über die möglichen Principien einer Lösung und die juristischen Voraussetzungen eines Nationalitäten-Gesetzes. Mit einer Literaturübersicht, Wien 1899.

Valentin, Hellwig, Kärntens „Sturmjahre“ 1918–1920. Die Zeit des Abwehrkampfes und der Volksabstimmung mit besonderer Berücksichtigung der Arbeiterschaft, Klagenfurt 2000.

Weidenholzer, Josef, Auf dem Weg zum „Neuen Menschen“. Bildungs- und Kulturarbeit der österreichischen Sozialdemokratie in der Ersten Republik (Schriftenreihe des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung 12), Wien 1983.